

Fortsetzung von Seite 1

Arbeitsmarktreform ...

und Berufsbildungsbereich von Werkstätten behinderter Menschen zu streichen, steigt der finanzielle Druck zulasten der Bundesagentur weiter an. „Das Ziel, die Arbeitsmarktpolitik effizienter zu machen, ist angesichts dieser Sparvorhaben nicht umsetzbar“, erklärte Bauer deshalb wiederholt. Maßnahmen wie die Umwandlung von Pflicht- in Ermessensleistungen sowie die Reduzierung und Flexibilisierung von Arbeitsmarktinstrumenten würden vielmehr den Weg bereiten, um weitere Sparvorhaben zulasten der Bundesagentur für Arbeit umzusetzen. Damit würde unter anderem eine restriktivere Leistungsgewährung auf dem Rücken von Langzeitarbeitslosen und erwerbstätigen Menschen mit Behinderung erzwungen.

So sieht der SoVD-Präsident auch die Verschlechterung bei der öffentlich geförderten Beschäftigung Langzeitarbeitsloser als höchst problematisch an. „Nach unserer Auffassung ist die Förderung existenzsichernder Arbeitsplätze mit Tariflöhnen und ausreichender sozialer Absicherung gerade für die Eingliederung besonders schwer vermittelbarer älterer langzeitarbeitsloser Menschen dringend erforderlich.“

Die erheblichen Bedenken gegen die durch die Arbeitsministerin vorgelegte Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente hat der SoVD in den letzten sieben Monaten mittels eines ersten „Brandbriefes“ an die Ministerin im April, in zahlreichen Pressemitteilungen und Stellungnahmen, in einem Brief an die Vorsitzende des Arbeitsausschusses des Bundestages sowie in einer Stellungnahme anlässlich einer Anhörung im Bundestag geltend gemacht. Begleitet wurden diese Maßnahmen auf Bundesebene durch Initiativen auf Landesebene, in denen die Landesregierungen aufgefordert wurden, die Instrumentenreform im Bundesrat zu stoppen und im Vermittlungsausschuss neu auszuhandeln. Der SoVD wird im Sinne der sozialen Gerechtigkeit auch weiterhin nicht hinnehmen, dass Sparvorhaben auf dem Rücken gesellschaftlich benachteiligter Personengruppen ausgetragen werden. veo

Sparen zulasten Behinderter

Der SoVD hat im Vorfeld der Bundesratsentscheidung, die Arbeitsmarktreform vorerst zu stoppen und den Vermittlungsausschuss anzurufen, massive Kritik an dem Gesetzentwurf von Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen geäußert.

Konkret stehen aus Sicht des SoVD folgende Vorschläge der Bundesarbeitsministerin im Widerspruch zu der Behauptung, es würden keine Verschlechterungen auf schwer-/behinderte Menschen zukommen:

- Die Beschäftigungspflicht der Arbeitgeber wird nicht angegangen. Der SoVD fordert, diese wieder von fünf auf sechs Prozent anzuheben, da Menschen mit Behinderung überdurchschnittlich oft arbeitslos sind.
- Die Vergabe von Vermittlungsgutscheinen für Maßnahmen der Aktivierung und Eingliederung soll ausgeweitet werden an externe Dienstleister. Dieses benachteiligt schwerbehinderte Menschen. Un-

tersuchungen des Institutes für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung haben ergeben, dass die Gutscheine selektiv wirken. Insbesondere ältere, alleinerziehende und schwer-/behinderte Menschen werden dadurch benachteiligt – vor allem, wenn die Gutscheine nicht an ausreichende Beratungs- und Informationsleistungen gebunden ist.

- Die Pflicht zur Ausschreibung von Vermittlungsdienstleistungen der Integrationsfachdienste (IFD) soll nicht zurückgenommen werden. Der SoVD kritisiert dieses und fordert, die bewährte und wichtige Arbeit der IFD im Recht und in der Praxis abzusi-

chern und für deren ausreichende Finanzierung zu sorgen.

- Der SoVD beharrt insofern auch darauf, die Ausschreibungspflicht erneut kritisch zu prüfen, um von ihr Abstand zu nehmen.
- Die gravierenden Defizite bei der Betreuung schwer-/behinderter Menschen werden in dem vorliegenden Gesetzentwurf nicht berücksichtigt oder behoben. Der SoVD fordert die gesetzliche Verankerung einer entsprechenden Rechtspflicht, die die Schaffung besonderer Stellen zur Gewährleistung einer qualifizierten Berufsberatung, Ausbildungs- und Arbeitsvermittlung in den Jobcentern einschließt.

SoVD fordert Ausweitung des Heimärzte-Modells

Gute Pflege lohnt sich doppelt

Seit 1998 läuft ein Modellversuch, bei dem die Bewohner stationärer Pflegeeinrichtungen von einem für sie zuständigen Heimarzt betreut werden. Dieser kennt seine Patienten und kann daher individuell auf ihre Probleme eingehen. Das vermeidet unnötige Krankenhausaufenthalte, senkt somit Kosten und steigert gleichzeitig die Lebensqualität der Betroffenen. Der SoVD fordert die Übernahme dieses Modells in die Regelversorgung.

Die ärztliche Versorgung der Bewohner von Pflegeheimen ist grundsätzlich verbesserungsbedürftig. Das liegt unter anderem daran, dass teilweise bis zu 30 verschiedene Hausärzte für die alten Menschen innerhalb einer Einrichtung zuständig sind. In der Folge finden Visiten unregelmäßig statt bzw. muss im Notfall ein Kollege einspringen, der mit der jeweiligen Krankengeschichte des Patienten nicht vertraut ist. Nicht selten erfolgt die Einweisung in ein Krankenhaus, was für die Betroffenen eine hohe Belastung darstellt – von den Kosten einmal ganz abgesehen.

In Berlin werden seit längerer Zeit Versorgungsmodelle erprobt, die genau an diesem Punkt ansetzen. Die teilnehmenden Pflegeeinrichtungen schließen dabei Verträge mit niedergelassenen Hausärzten oder stellen einen Heimarzt an. Dieser bietet eine wöchentliche Regelvisite an und steht darüber hinaus in einer Rufbereitschaft für Notfälle zur Verfügung. Von dieser Übereinkunft profitieren alle Beteiligten.

Die Patienten wissen sich bei dem ihnen vertrauten Arzt in guten Händen. Bei Beschwerden kennt er ihre Vorgeschichte und kann nicht selten schon am Telefon in Rücksprache mit den Pflegekräften helfen. Aufgrund der Rufbereitschaft ist er im Zweifelsfall jedoch auch schnell persönlich vor Ort und kann seinen Patienten auf diese Weise den häufig auch bei weniger schweren Erkrankungen unvermeidlichen Weg ins Krankenhaus ersparen. Gleichzeitig hat der für das Heim zuständige Arzt die Medikation seiner Patienten im Blick und kann die Versorgung individuell anpassen. Das bedeutet für die Einwohner stationärer Pflegeeinrichtungen ein deutliches Plus an Lebensqualität.

Überraschend dabei ist, dass dieses Mehr an Leistungen niemandem schadet. Im Gegenteil: Der Rückgang von Krankenhauseinweisungen gekoppelt mit einer optimalen Arznei- und Heilmittelversorgung zahlt sich auch für die Pflegekassen aus. Ihre Kosten haben sich im Verlauf des Berliner Modells

um rund 30 Prozent reduziert. Darüber hinaus berichten auch die beteiligten Mitarbeiter in den Pflegeheimen sowie die teilnehmenden Ärzte über eine höhere Zufriedenheit bei ihrer täglichen Arbeit.

Der SoVD begrüßt den Erfolg des Heimärzte-Modells und macht sich für dessen Ausweitung stark. Im Zusammenhang mit der angekündigten Pflege-reform fordert der Verband, ein entsprechendes Versorgungsmodell in die Regelversorgung im Sozialgesetzbuch (SGB) XI zu überführen.



Der SoVD setzt sich konsequent für Verbesserungen im Bereich Pflege ein. Aktuell macht ein Plakat unter anderem auf die Stärkung der häuslichen Pflege und die notwendige Entlastung pflegender Angehöriger aufmerksam. Näheres zu dem SoVD-Plakat „Pflege braucht mehr als Kosmetik“ lesen Sie auf Seite 9.



Foto: Eisenhans/fotolia

Die Vorschläge zur Arbeitsmarktreform verbessern keineswegs die Situation besonders schwer vermittelbarer älterer langzeitarbeitsloser Menschen.



Kommentar

Mehr Knüppel als nötig

Dass ein Kind mit Behinderung die Regelschule besuchen darf, ist mitnichten die Regel und meist erst nach langem Insistieren der Eltern möglich. Oft kann keine wohnortnahe Schule gefunden werden, und die Kinder haben weitere Wege als ihre nichtbehinderten Kameraden. Einige Eltern wollen die längere Anfahrtszeit verkürzen und bringen ihr Kind selbst zur Schule. Eine sehr verständliche Reaktion. Ganz und gar nicht verständlich ist jedoch, dass den Eltern die Inanspruchnahme des Persönlichen Budgets für den Fahrtaufwand von den Kostenträgern verweigert wird. Von Anfang an und immer wieder haben Kinder mit Behinderung und ihre Eltern in vielen Bereichen enorme Hürden zu überwinden – bürokratische, gesellschaftliche, organisatorische, emotionale und finanzielle. Ist es wirklich notwendig, dass man ihnen dabei noch zusätzliche Knüppel zwischen die Beine wirft? cm